



Schaden statt Schutz: Die familienfeindliche Corona-Politik

Ein Meinungsbeitrag aus dem Corona-Alltag junger Familien: Neun Wochen mit kleinen Kindern dauerhaft zu Hause zeigen, dass die politischen Maßnahmen familienfeindlich, kontraproduktiv und zynisch sind. Sie haben weder etwas mit Gesundheitsschutz noch mit Solidarität zu tun. Familien leiden darunter. Alles wird auf sie abgeladen. Auf die viel beschworene Solidarität können sie lange warten.

STEFAN KORINTH, 20. Mai 2020, 5 Kommentare

Eigentlich wollte ich nichts über mein Privatleben im Internet veröffentlichen. Aber in dieser aktuellen Ausnahmesituation muss ich eine Ausnahme machen. Ein „Berufsleben“ habe ich ja faktisch nicht mehr. Und seit Wochen bedrückt mich eine zornige Fassungslosigkeit ob der politischen Maßnahmen. Ich bin Vater von drei Kindern. Familienstress bin ich gewohnt. Doch das, was seit Mitte März läuft, ist anders. Das ist nervliches Hamsterrad. Das ist maximaler Stress. Was die politisch Verantwortlichen den Familien abverlangen, ist nicht gesundheitsfördernd – es ist krank.

Zum Alter meiner Kinder so viel: Eines geht normalerweise in die Kinderkrippe, eines in den Kindergarten und das älteste in Grundschule und Hort. Seit mehr als neun Wochen dürfen die drei diese Einrichtungen nicht mehr besuchen. Außerdem durften sie ihre Freunde lange Zeit nicht sehen, nicht mit ihnen spielen oder draußen mit ihnen toben. Ursache dafür sind die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung(en). Merkel und Co. begründen das alles mit dem „Schutz der Gesundheit“. Nehmen wir sie beim Wort:

Wir leben in einer Stadtwohnung in Hannover – nicht beengt, aber ohne Garten und ohne Balkon. Es ist im normalen Alltag nicht immer leicht, aber in der Regel sind meine Frau und ich viel mit den Kindern draußen unterwegs. Bei Ausflügen, auf Spielplätzen, beim Kindersport, bei Veranstaltungen etc. Nun müssen die Kinder jedoch seit neun Wochen große Teile des Tages zu Hause sein, trotz zunehmenden Bewegungsdrangs.

Verboten, verboten, verboten

Ja sicher, wir dürfen rausgehen. Herzlichen Dank für diese politische Großzügigkeit. Aber zum einen sind Eltern wegen beruflicher und häuslicher Pflichten gebunden, weshalb auch die Kinder zu Hause bleiben müssen. Zum anderen beschränkt sich das erlaubte Draußensein wochenlang auf Fahrrad- und Rollertouren in einem überfüllten Stadtpark. Nicht nur sind Kinder damit kaum auszulasten, nein, seit einiger Zeit schon verweigern sie sich gegen diese Monotonie. Es braucht immer mehr Überzeugungsarbeit. Ansonsten können wir noch rund ums Haus auf dem Bürgersteig spazieren gehen, während neben uns Autos und LKWs vorbeirauschen. Das dient dem Gesundheitsschutz?

Immerhin sind seit einigen Tagen die Spielplätze und wenige andere Einrichtungen unter restriktiven Bedingungen wieder offen. Ansonsten gibt es aber weiterhin fast keine erlaubten Ziele für junge Familien. Die Politik hat meinen Kindern in den vergangenen neun Wochen nahezu alles verboten.

Wir konnten in den Osterferien nicht wie geplant zu den Großeltern aufs Dorf fahren. Oma und Opa hatten das trotz Corona angeboten. Wir durften nicht in den Zoo, nicht in die Schwimmhalle, nicht zum Kindertheater und auch nicht die Dinosaurier im Landesmuseum anschauen. Der Besuch beim besten Freund war ebenfalls nicht erlaubt. Kindergeburtstage wurden genauso abgesagt wie die erste Klassenfahrt. Kein Lesewettbewerb, kein Planetarium, kein Kinobesuch. Das Fußballtraining fällt weiterhin aus, das Eltern-Kind-Schwimmen findet nicht statt. Alles für den Gesundheitsschutz.

Ja, jedes dieser Verbote wirkt kurzzeitig und für sich genommen läppisch. Aber zusammengenommen über Monate hinweg sind sie eine Katastrophe.

Gesundheitspolitik 2020: Stubenhocker sind gesünder

Man kann mit Kindern nicht den ganzen Tag im Park herumrollern. Das klingt trivial. Aber ich habe festgestellt: Manchen Leuten muss das erstmal erklärt werden. Was übrig bleibt, sind Beschäftigungen in den eigenen vier Wänden. Okay, das heißt also malen, basteln, puzzeln, Karten spielen, Kinderdisco improvisieren, Eisenbahnstrecke bauen oder Bücher lesen. Sehr schön. Leider können Kleinkinder davon nur wenig allein machen. Zudem stellt sich die Frage: Was tun wir nachmittags? Denn die aufgezählten Tätigkeiten können kleine Kinder locker an einem Vormittag abarbeiten. Sie sind unstedet, oft nicht lange bei einer Sache und – sie sind ab 6.30 Uhr wach.

Und morgen? Und in drei Wochen? Und in zwei Monaten? Irgendwann ist jedes Malbuch ausgemalt, jedes Puzzle zum zehnten Mal gelegt, jede Geschichte auswendig bekannt. Nach nicht mal 14 Tagen fühlt es sich an wie in „Täglich grüßt das Murmeltier“.

Klar, man muss nicht immer nur spielen: Die Kinder helfen auch im Haushalt. Klingt gut, ist auch durchaus sinnvoll. Aber eine Entlastung für die Eltern ist es nicht. Wenn ein Kind Staub gesaugt hat, muss man selbst

nochmal drüber. Wenn ein Kind die Blumen gießt, muss man mit dem Lappen dabei stehen. Wenn ein Kind den Tisch deckt, geht Geschirr zu Bruch. Haushaltsunfälle wollen wir vermeiden. Gesundheitsschutz und so.

Auch diese Beschäftigungen sind also nur begrenzt möglich. Egal, was getan wird, die Eltern sind dauernd gefordert.

Doch halt, es gibt noch ein Wundermittel, mit dem sich Kinder jeden Alters stundenlang allein beschäftigen können und dabei fast keinen Ton von sich geben: Fernsehen. Ein verführerisches Mittel für stressgeplagte Eltern. Man schafft mal was. Kann einkaufen gehen, wichtige Telefonate führen oder so etwas vollkommen Exotisches tun wie arbeiten. Doch endlos in die Glotze starren ist unverantwortlich. Durchs Fernsehen werden Kinder überreizt und quengelig. Den TV-Konsum müssen wir limitieren. Willkommen im täglichen Kampf unvereinbarer Ziele.

#Stay home fürs Kindeswohl?

Zu Hause seit mehr als neun Wochen. Man muss sich das einmal klarmachen: Das ist jetzt schon länger als die großen Sommerferien. Der reguläre Kitabesuch soll hier in Niedersachsen erst ab dem 1. August wieder möglich sein. Was macht eine solch lange Phase mit Kindern? Wie verarbeiten sie so unmenschliche Dinge wie „soziale Distanzierung“? Zuletzt ließen sich in der Öffentlichkeit manche Experten für das Kindeswohl vernehmen.

„Durch das Kontaktverbot und das Eingesperrtsein drohen psychosoziale Schäden. Die Bedürfnisse von Kindern werden bisher überhaupt nicht berücksichtigt“, kritisiert Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ).

„Beim Kampf gegen das Virus müssen die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf ein gesundes Aufwachsen sowie auf Bildung und Teilhabe im Blick bleiben. Es geht nicht bloß um den Verzicht auf ein bisschen Freizeitspaß. Vielmehr drohen jungen Menschen ernsthafte Entwicklungsschäden, wenn die aktuelle Situation zu lange anhält“, erläutert Johannes Schmidt vom Kinderschutzbund Niedersachsen.

„Kindern werden gerade ohne Bedenken pädagogische Angebote entzogen, die wir bisher für so unerlässlich für ihre Entwicklung hielten“, sagt Psychologie-Professorin Mareike Kunter.

„Die [Kita]-Kinder leiden sehr unter dieser Situation. (...) Sie haben kein Sprachrohr. Mit ihnen wird [in der jetzigen Situation] alles einfach so gemacht. (...) Kleine Kinder nehmen die Ängste und Sorgen, den Stress und die Gereiztheit ihrer Eltern sehr sensibel wahr. Sie verstehen aber nicht, warum das so ist. Und man kann es ihnen in diesem Alter auch nicht erklären“, unterstreicht der Psychotherapeut Uwe Brandes vom Winnicott-Institut in Hannover.

Weitere Expertenstimmen zum Thema haben die NachDenkSeiten [zusammengefasst](#).

Eltern unter Dauerstrom

Nicht nur für die Kinder, auch für die Eltern ist die Situation hart. Neun Wochen lang rund um die Uhr Kinder betreuen – eine anstrengende Zeit ohne körperliches oder mentales Abschalten. Ja, es gibt schöne Phasen. Aber ohne Ruhephasen stauen sich Verzweiflung und negativer Stress. Das liegt vor allem daran, dass Eltern

zwischen mal eben noch den Lebensunterhalt verdienen sollen oder sogar ohnmächtig vor der wirtschaftlichen Insolvenz stehen. Auch hierzu zwei Stimmen:

„Kinderbetreuung im Homeoffice ist auf Dauer nicht zu leisten. Sie verlangt den Eltern alles ab. (...) Die Entscheidung darüber treffen Menschen, die die Situation in den Haushalten nicht bewerten könnten. (...) Der Tag hat nicht genug Stunden, um alles zu schaffen“, sagt Christine Heymann-Splinter von der Landeselternvertretung der niedersächsischen Kindertagesstätten.

„Es ist eine Illusion, dass Eltern mit kleinen Kindern im Homeoffice arbeiten könnten. Kinder in diesem Alter können weder Zeiträume abschätzen noch ihre Bedürfnisse hinten anstellen und sich über längere Zeit mit sich selbst beschäftigen“, erklärt Psychotherapeut Uwe Brandes aus Hannover.

Die Dauerbelastung hat ungesunde Auswirkungen auf elterliche Seelen. Es ist eine immense Belastungsprobe für Ehen und Nachbarschaftsverhältnisse. Welches Recht haben 16 Ministerpräsidenten und eine Kanzlerin, uns das alles abzufordern?

Verhaltenskontrolle statt Lerninhalte

Trotz des ganzen Geredes von „Lockerungen“ bleiben die allermeisten Einrichtungen für Familien weiter geschlossen. Das bedeutet: Von den Eltern wird mal eben verlangt, monatelang die professionellen Aufgaben ausgebildeter Lehrer und Erzieher zu übernehmen. Natürlich ohne jede Kompensation. „Gleichwohl besteht weiter die Schulpflicht“, betonte der niedersächsische Kultusminister Tonne (SPD) kürzlich. Mehr Zynismus geht nicht. Merken Lehrer und Erzieher eigentlich, wie gering die Politik ihre Arbeit schätzt, wenn sie meint, Eltern können diese Aufgaben so nebenbei übernehmen?

Am 25. Mai soll für mein ältestes Kind immerhin die Schule wieder beginnen. Allerdings nur im Wochenrhythmus, weil die Klassenstärke halbiert wurde: eine Woche Schule, eine Woche zu Hause. Wir sind also auch weiter als Lehrer gefragt. Im Hort ist weiter nur die für uns unerreichbare Notbetreuung erlaubt. Auch der Sportunterricht in der Schule wird übrigens komplett gestrichen. Warum? Der Gesundheitsschutz!

Kürzlich erhielten wir von der Grundschule die Verhaltens- und Hygieneregeln, an die sich die Kinder für den Rest des Schuljahres zu halten haben. Zusammenfassung: kein körperlicher Kontakt zu Freunden, Bewegung nur in markierten Bereichen, fast die gesamte Schule eine Tabuzone. An anderen Grundschulen ist es noch krasser. Da dürfen sich Kinder gar nicht mehr ohne Maske und aufpassenden Lehrer bewegen.

Der Vergleich verschiedener Hygienekonzepte in Grundschulen zeigt, dass es bei der Ausgestaltung dieser Regeln einen großen Ermessensspielraum gibt. So mancher Corona-Hardliner unter den Schulleitern verliert dabei jedes Maß.

Erkennen Direktoren nicht den immensen pädagogischen und psychosozialen Schaden, den diese Maßnahmen zur Folge haben? Langfristig erzieht man die Kinder so zu irgendwas zwischen Soziopath, Hypochonder und autoritärem Charakter. Von den gesamten ausgefallenen Unterrichtsinhalten mal ganz abgesehen. Aber um Lerninhalte scheint es in der Corona-Schule ja sowieso nicht mehr zu gehen – sondern nur noch um Verhaltenskontrolle. Das 19. Jahrhundert lässt grüßen.

Warten auf den Kindergarten

Völlig unrealistisch sind solche Regelungen erst recht für Kindergärten und Kinderkrippen. Aber das steht erstmal hinten an. In Niedersachsen gelten noch bis August (!) verschiedene Stufen der „Notbetreuung“ in Kitas. Welche „Not“ liegt aktuell eigentlich noch vor? Zur Einordnung: Das Bundesland, in dem wir leben – Niedersachsen – hat aktuell (20. Mai) 715 Corona-Infizierte bei acht Millionen Einwohnern. Das sind 0,009 Prozent der Bevölkerung. Wie kann man damit ernsthaft die Schließung aller Kitas begründen?

Wissenschaftliche Studien aus Norwegen und der Schweiz zeigen, dass Schul- und Kitaschließungen nahezu überflüssige Maßnahmen waren. Auch in Deutschland fordern medizinische Fachgesellschaften inzwischen die sofortige Wiedereröffnung der Einrichtungen.

Trotzdem erfolgt die Rückkehr zur Normalität hierzulande nur im Schneckentempo. Zudem werden die Eltern gespalten in Systemrelevante und Eltern zweiter Klasse. Gegenwehr von Organisationen wie der Arbeiterwohlfahrt oder der Bildungsgewerkschaft GEW gibt es nicht. Deren Spitzen liegen unkritisch auf Regierungslinie. Wenn ich mir deren Stellungnahmen anhöre, steigt Zorn auf. Solidarität mit Familien ist dort nichts als ein Lippenbekenntnis.

Seit 2013 gibt es ein staatlich garantiertes Recht auf einen Kitaplatz. Das interessiert aber keinen der Entscheider. Wir erfüllen nicht die Voraussetzungen, um Plätze für unsere Kinder in der Notbetreuung zu bekommen. In den entsprechenden Antragsformularen findet sich beispielsweise der Satz:

„Ich habe nicht die Möglichkeit durch Maßnahmen, wie z. B. Teilzeit-Arbeit, Home-Office, Urlaub oder Überstundenabbau die Kinderbetreuung wahr zu nehmen.“

Nur wer das bestätigen kann, hat eine Chance. Meine Frau und ich müssten also beide zwingend außer Haus Vollzeit berufstätig sein, damit unsere Kinder in die Kita könnten. Aber das ist nicht der Fall. Wir müssen im „Home-Office“ arbeiten. Home-Office bedeutet für die Verantwortlichen also nicht Erwerbsarbeit zu Hause, sondern ganz viel Zeit für Kinder. Das ist ein schlechter Witz.

Wen interessieren schon finanzielle Zwänge?

In der Realität wird die Nicht-Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Corona-Krise von der Politik auf die Spitze getrieben. Es ist unmöglich, sich den ganzen Tag um Kinder und Haushalt zu kümmern, wenn man parallel den Lebensunterhalt verdienen soll. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die allermeisten Eltern können es sich nicht leisten, monatelang aufs Einkommen zu verzichten. Sie müssen arbeiten. Noch eine Selbstverständlichkeit, die aber vielen der gut verdienenden Politiker, Virologen und Chefredakteure offenbar nur als unwesentliches Detail erscheint. Sie haben offensichtlich seit längerem schon den Kontakt zu normalen Gesellschaftsschichten verloren.

Ich bin freier Journalist, ein sogenannter „Solo-Selbstständiger“. Wenn ich nicht arbeite, überweist mir niemand Honorare aufs Konto. Seit Mitte März liegen meine Einnahmen bei null Euro. Sämtliche Veranstaltungen, von denen ich normalerweise für Lokalmedien berichtet hätte, wurden abgesagt. Keines der von der Politik großspurig angekündigten Hilfspakete ersetzt mir entgangene Einnahmen, die ich für Miete, Stadtwerke und Lebensmittel brauche. Wie war das nochmal mit der Solidarität?

Und wo wir schon dabei sind: Wieso führen Bundes- oder Landesregierung nicht ein „Corona-Elterngeld“ ein oder einen „Corona-Soli“? Oder noch unbürokratischer: Wieso wird nicht einfach das bestehende Kindergeld

erhöht? Und zwar sofort und spürbar. Dann würde ich mich zumindest ohne ökonomischen Druck, so gut es unter diesen katastrophalen Bedingungen geht, um meine Kinder kümmern können.

Aber nein, aus den herrschenden Parteien hört man das Gegenteil. In einer aktuellen Stunde Mitte Mai im niedersächsischen Landtag wies beispielsweise die CDU-Abgeordnete Mareike Wulf die Forderung nach einem Corona-Elterngeld zurück. Solch eine finanzielle Unterstützung sei zurzeit „das falsche Signal“. Soweit geht die Solidarität dann eben doch nicht.

Nach den ersten Corona-Wochen ohne jegliches Einkommen kann ich mir Zwangsurlaub nicht mehr leisten. Ich *muss* arbeiten und deswegen müssen auch meine Kinder drinbleiben. Das gilt für die allermeisten Familien. Merkel und Co. zwingen den Kindern ein Dasein als Stubenhocker und Fernsehseher auf und nennen es Gesundheitsschutz.

Familien haben keine Stimme

In unseren etablierten Medien haben Kinder und Eltern keine nennenswerte Stimme. Dort befasst man sich lieber damit – wie einst die Inquisition –, jeden Kritiker der heiligen Corona-Botschaft medial hinzurichten. Die extremen Schwierigkeiten junger Familien in dieser Krise existieren in den Leitmedien nur am Rande. Zwar gibt es einzelne Beiträge, aber diese gehen im allgemeinen Corona-Wahnsinn unter. Deshalb dieser Beitrag bei Multipolar – nicht aus Mitteilungsbedürfnis, sondern stellvertretend für alle Eltern kleiner Kinder in dieser schwierigen Zeit.

Der Corona-Alltag von Familien ist kein apokalyptischer Horror, diesen Eindruck möchte ich nicht vermitteln. Wie gesagt, es gibt viele schöne Momente mit den Kindern. Aber die Rund-um-die-Uhr-Betreuung ist maximaler Stress. Eltern allein können Kindern trotz enormen Einsatzes keinen ausreichenden Ersatz für Freunde und viele Aktivitäten bieten. Eltern müssen Zeit haben, den Lebensunterhalt zu verdienen. Und auch Eltern brauchen mal eine Pause.

Ich beschäftige mich im normalen Alltag viel mit meinen Kindern. Deswegen empfinde ich mediale Aussagen à la „*Jetzt während Corona hat man endlich mal Zeit für die Familie*“ als besonders zynisch und als Provokation für engagierte Eltern. Solche Ratschläge können nur von Leuten kommen, die sonst als berufliche Superperformer so wenig Zeit für ihre Kinder haben, dass sie eigentlich auf jeden familienpolitischen Ratschlag verzichten sollten.

Arbeiten im Fünf-Minuten-Rhythmus

Ich habe versucht, diesen Text nachts zu formulieren. Doch ich war dann einfach zu müde und unkonzentriert. Also habe ich ihn tagsüber geschrieben – mit permanenten Unterbrechungen. Können Sie sich vorstellen, so zu arbeiten? Für solch einen Text, der normalerweise in wenigen Tagen fertig gewesen wäre, brauchte ich diesmal drei Wochen. Parallel musste ich mein ältestes Kind immer wieder unterstützen und motivieren, die Schulaufgaben zu erledigen – „Lernen zu Hause“, wie unser niedersächsischer Kultusminister es so wohlklingend ausdrückt.

Mehrmals pro Stunde kam eines der anderen beiden Kinder ins Arbeitszimmer und wollte an meinem PC Kinderlieder schauen, etwas vorgelesen bekommen oder weiter an der Eisenbahnstrecke bauen. Die Tür

abzuschließen bringt nichts. Kleinkindern kann man die Lage nicht verständlich machen – und sie sind hartnäckig. Bei einem permanent rufenden Kind, das an der Türklinke zieht, ist kein ernsthaftes Arbeiten möglich. Kleinkinder erzwingen ihre Zeit. Politiker sprechen da beschönigend gern von einer „Herausforderung“ für die Eltern.

Auch anderweitig gab es Ablenkungen: Sonnabendnachmittags Ende April rasen zwei Polizeimannschaftswagen auf den Platz draußen vor meinem Fenster. Gut zehn Männer verschiedener Nationalitäten stehen dort im vorschriftsgemäßen Hygieneabstand und begehen anscheinend dennoch eine unfassbare Straftat: Sie reden miteinander. Die Männer rennen weg. Die Polizisten nehmen teils zu Fuß, teils per Auto die Verfolgungsjagd auf. Für solch systemrelevante Tätigkeiten darf immerhin diese Berufsgruppe ihre Kinder in die Kita-Notbetreuung bringen.

Fast Food für den Gesundheitsschutz?

Die Politik stürzt mich mit ihren Maßnahmen in Gewissensbisse. Wie viel der Erziehungs- und Hausarbeit soll ich an meiner Frau hängen lassen, um Geld für unseren Lebensunterhalt zu verdienen? Auch die Hausarbeit muss ja erledigt werden. Da die Mahlzeiten in Kita und Hort nun ausfallen, müssen wir zudem öfter einkaufen und mehr kochen. Auch das kostet Zeit oder sollen wir auf minderwertiges Fast Food umsteigen? Ich meine, es würde mich nicht überraschen – so für den Gesundheitsschutz?

Bei einem gesundheitsfördernden Spaziergang lese ich eine Werbung an einem REWE-Supermarkt: *„Danke Homeoffice-Eltern (...). Toll, wie gut wir uns aufeinander verlassen können, wie wir gemeinsam Langeweile besiegen, täglich Neues auf den Tisch zaubern und das Beste aus jedem Tag rausholen.“*

Ein maximal variabler Speiseplan und ganz viel Langeweile? Interessant, wie die Ausgangsbeschränkungen von Werbetextern wahrgenommen werden. Unsere Familienrealität sieht gänzlich anders aus. Wir wissen gar nicht, wo uns der Kopf steht. Ich kann und will meine Frau nicht mit Haus- und Erziehungsarbeit allein lassen. Deshalb kann ich nicht einfach in ein Hotel flüchten und dort tagsüber arbeiten. So findet meine Schreib- und Recherchetätigkeit am heimischen PC im permanenten Unterbrechungsrhythmus statt, die Stimmung wird immer gereizter.

Sprachliche Manipulation

Ich bin ein friedlicher, sachlicher Mensch, aber diese ganze Situation erzeugt in mir Zorn auf die verantwortlichen Entscheider aus der Politik. Machtmenschen, denen es an Empathie fehlt und die sonst nicht die geringsten Probleme damit haben, Soldaten ins Ausland zu schicken, Waffen zu exportieren, Kriege zu unterstützen, Krankenhäuser zu schließen, Gesundheitsbudgets zu kürzen, Flüchtlinge verrecken zu lassen oder Sozialgesetze einzudampfen – solchen Politikern soll es plötzlich um den Schutz von Menschenleben gehen? Dass das sogar einige Autoren und Leser unserer linken Alternativmedien glauben, erstaunt mich sehr.

Das Fazit aus dem Familienalltag der vergangenen neun Wochen ist eindeutig: Die Corona-Maßnahmen haben weder etwas mit „Gesundheitsschutz“ noch mit „Solidarität“ zu tun. Diese Begriffe gehören zum manipulativen Framing, um möglichst viele Menschen mit wohlklingenden Worten mitzunehmen. Wie bereits deutlich geworden sein sollte, sind die politischen Maßnahmen viel eher gesundheitsgefährdend. Wenn überhaupt, dann betreibt die Regierung „Corona-Schutz“. Jeder, der ehrlich ist, sollte es dann auch so nennen.

Die vorherrschenden Personen in Regierungen, Medizin und Leitmedien verfahren offenbar nach dem Motto:
„Pleite und psychisch am Ende? Egal! Hauptsache kein Corona!“

„Solidarität“ oder die Entleerung linker Begriffe

Es handelt sich nicht um Solidarität, wenn alle zu Hause bleiben müssen. Wir haben es hier erneut mit der Sinnentleerung und Verdrehung eines ursprünglich linken Begriffs durch die Mächtigen zu tun. Ähnliches taten sie in früheren Jahren mit Worten wie Reform oder Autonomie.

Echte Solidarität ist freiwillig und zeigt sich etwa, wenn Menschen einkaufen gehen für ihre Nachbarn, die zur Risikogruppe gehören oder in Quarantäne sitzen. Bei den politischen Maßnahmen haben wir es aber mit etwas anderem zu tun. Solidarität kann nicht zwangsverordnet werden und Solidarität ist keine Einbahnstraße. Doch genau das passiert: Diese sogenannte Solidarität wird von oben befohlen. Und wo bleibt die wechselseitige Solidarität mit den Familien?

Die neue solidarische Realität

Während der große Soziologe Oskar Negt und andere Leute in Elfenbeintürmen jetzt etwas von der neuen Solidarität in Corona-Zeiten erzählen, macht der alleinstehende Rentner, der in der Wohnung unter uns wohnt, ständig Stunk wegen der Lautstärke der Kinder. Dank der Medienhetze gegen „Hamsterkäufer“ werde ich im Supermarkt unangenehm angemacht, weil mein Einkauf für unseren Fünf-Personen-Haushalt nun mal umfangreich ist. Dabei hatte ich nicht mal Klopapier im Wagen.

Und in Medien wie dem Tagesspiegel bekommen Eltern regelmäßig solche „solidarischen“ Leserkommentare:

„Wollen Sie ältere Lehrer zum Unterricht Ihrer Kinder zwingen, um sich evtl. lebensbedrohlich anzustecken, damit sie es im Haushalt etwas leichter haben?“

oder

„Möchten Sie, dass Ihre Kinder daran Schuld tragen, dass Großeltern, Eltern, Freunde, und ja, auch Lehrer mit schweren Nieren- und Lungeninsuffizienz leben müssen?“

Spüren sie diese herrliche „Solidarität“ mit der Moralkeule? Wer seine Kinder nicht einsperrt, ist ein Omamörder! Wer Bildung will, ist ein Lehrerkiller! Auf Basis solch einer konstruierten Argumentation kann man sich für den Rest seines Lebens einschließen. Nicht genug, dass Studien bislang keine höhere Corona-Übertragungsgefahr durch Kinder feststellen konnten oder dass bei einer Umfrage nicht mal fünf Prozent der medizinischen Experten Kita- und Schulschließungen als wichtige Maßnahmen ansehen. Nein, die gesundheitlich negativen Lockdownfolgen spielen in den Milchmädchenrechnungen solcher Zeitungskommentatoren überhaupt keine Rolle.

Und was ist eigentlich mit den Todesopfern der Grippewelle im kommenden Winter? Wie solidarisch ist die Politik mit denen? Folgt dann der nächste Lockdown? Oder macht man das nur bei Corona? Sind die Covid-19-Opfer irgendwie mehr wert als alle anderen? „Der Schutz der Gesundheit muss an erster Stelle stehen“, teilt der niedersächsische Kultusminister mit. Das gilt dann ja wohl für jede ansteckende Krankheit. Oder nicht? Wenn

solche Bildungspolitiker ihre eigene Argumentation ernstnehmen, dürften sie die Schulen und Kitas nie wieder aufmachen.

Familien als Mülleimer der Corona-Politik

Es sollte klar geworden sein: Mir geht es mit meiner Kritik nicht um ein „egoistisches“ Freiheitsbedürfnis, sondern um menschliche Existenzen. Es geht nicht nur um Grundrechte für Erwachsene, sondern auch für Kinder. Für ihre Entwicklung ist „die freie Entfaltung der Persönlichkeit“ (Grundgesetz, Artikel 2) kein bedeutungsloses Wortgeklingel, sondern entscheidend fürs weitere Leben. Seit neun Wochen ist dieses Grundrecht nur noch eine Fata Morgana.

Ich darf auch daran erinnern: Familien stehen laut Artikel 6 des Grundgesetzes „unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“. In der Realität gilt seit Mitte März das Gegenteil: Familien sind die Müllkippe der Corona-Politik. Dort darf alles abgeladen werden. Jede Zusatzbelastung, jede Negativfolge.

Gesundheit ist so viel mehr, als nicht Corona zu haben. Das eindimensionale und monothematische Agieren von Politik und Medien ist nicht auszuhalten. Ja, Risikogruppen können und sollen vor dem Coronavirus geschützt werden – und das auf humanem und wirksamem Wege. Für so etwas hat die Bundesregierung einen Pandemieplan. Und für genau solche Situationen gibt es eigentlich ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Von dort ist in der Corona-Krise aber gar nichts zu hören. Warum sind diese Fachleute so schlecht vorbereitet?

Um gefährdete Menschen zu schützen, müssen nicht alle anderen eingesperrt oder sozial distanziert werden. So etwas auch noch mit „Gesundheitsschutz“ zu rechtfertigen und als „Solidarität“ zu verkaufen, ist zynisch. Der kasernierte Corona-Alltag junger Familien ist eine krankmachende Dauerbelastung – ungesund für Nerven, Körper und Seele. Ungesund für Kinder und Eltern. Belastend in ökonomischer und sozialer Hinsicht. Für eine gesundheitspolitische Bewertung spielt das alles merkwürdigerweise keine Rolle.

Folgen für alle

Nicht nur für Familien, auch für viele andere sind die Corona-Maßnahmen hammerhart. Sie führen zu Arbeitslosigkeit, zu Privatinsolvenz, zu Vereinsamung, zu Depressionen und zu allein in Deutschland schon mehr als 900.000 aufgeschobenen Operationen. Darunter 52.000 Krebsoperationen. Für den Gesundheitsschutz! Welches Recht haben ein paar Ministerpräsidenten und eine Kanzlerin, uns das alles anzutun? Offenbar erscheinen wir dort nur als rechtlose Verfügungsmasse.

Als Eltern tragen wir die Verantwortung für unsere Kinder. Ich muss täglich dafür sorgen, dass es meinen Kindern gut geht – jetzt und für die Zukunft. Seit Mitte März müssen wir dabei jeden Tag aufs Neue mit den Knüppeln umgehen, die die Corona-Verantwortlichen uns zwischen die Füße schmeißen. An Hilfe kommt von dort gar nichts. Wir werden das überstehen. Aber wir werden das nicht vergessen.

Anmerkung der Redaktion: Das Bundesfamilienministerium geht derzeit mit solchen Videobotschaften an die Öffentlichkeit.